



über die 2. Sitzung
des Familien- und Sozialausschusses
am Montag, dem 28. Juli 2003
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Frau Filthaut
Frau Hartig
Frau Lungenhausen
Frau Müller

Ratsmitglieder CDU

Frau Borowiak
Frau Jacobsmeier
Herr Plümpe
Herr Weber

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Frau Dönecke
Herr Gercek
Herr Klemme
Frau Wunsch

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Eisenhardt
Herr Krause
Frau Schlickhoff

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Lenkenhoff

Beratendes Mitglied FDP

Herr Büchel

Beratendes Mitglied BG

Herr Schlierenkämper

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Güldenhaupt
Herr Steffen

Gäste

Herr Kalle, Arbeitsamt
Herr Kemkes, Firma Activa
Frau Reif, Firma Activa

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch
Herr Herbrecht
Frau Jung
Frau Dr. Kleinz
Herr Kuru
Frau Oertel
Herr Spyra

Herr **Weber** eröffnete die form - und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Anwesenden, insbesondere Frau Reif und Herr Kemkes von der Fa. Activa sowie Herrn Kalle vom Arbeitsamt.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Abschlussbericht der Untersuchung der Firma Activa	
2.	Ergebnisse der Zielvereinbarung 2002 und Inhalte der Zielvereinbarung 2003	
3.	Entwicklung der Sozialhilfekosten im Jahr 2003	
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Abschlussbericht der Untersuchung der Firma Activa

Herr **Brüggemann** gab eine Zusammenfassung des bereits mit Schreiben vom 11.07.2003 übersandten Kurzberichts zum Modellprojekt. Er teilte mit, dass der Kurzbericht mit den anderen Kooperationspartnern abgestimmt sei. Der vollständige Bericht, der mehrere Bände umfasst, kann bei der Fa. Activa angefordert werden. Soweit die Arbeitsverwaltung bzw. die Sozialverwaltung es für sinnvoll oder erforderlich hielt, Anmerkungen zu einzelnen Aussagen des Berichts zu treffen, wurden diese Anmerkungen in Kursiv eingetragen.

Der Bericht zeigt deutlich, dass es zwischen der Arbeitsverwaltung und Sozialverwaltung viele Berührungspunkte gibt, die sinnvollerweise in einer gemeinsamen Einrichtung, solange es zwei verschiedene Zuständigkeiten gibt, erledigt werden sollten. Kamen ist diesen Weg mit der Einrichtung eines JobCenterJugend gegangen. Dieses Angebot ist seit dem 01.04.2003 vorhanden und steht für alle Personen bis zum 25. Lebensjahr zur Verfügung. Erkenntnisse aus dem Bericht können in dieser Einrichtung umgesetzt werden. Das Sammeln von Erkenntnissen über die richtige Methode der Arbeitsvermittlung war ohnehin vorrangiges Ziel des Modellprojekts. Die Entscheidungen während des Projekts, die von den Projektmitgliedern vor dem Hintergrund der bestehenden Rahmenbedingungen getroffen wurden, zeigen, dass neue Lösungswege außerhalb dieser Rahmenbedingungen kaum realisierbar sind. Schließlich haben sich letztlich noch die wirtschaftlichen Daten während des Projektzeitraums stark verschlechtert. Auch diese Entwicklung ist bei der Beurteilung der bisher erzielten Ergebnisse durch die Fa. Activa erzielten Ergebnisse zu berücksichtigen.

Herr **Kalle** teilte mit, dass die Entscheidung, die Fa. Activa zu beauftragen, aus seiner Sicht richtig war. Er dankte ausdrücklich allen handelnden Personen für ihr Engagement. Die Zielgruppenanalyse der arbeitslosen Jugendlichen zeigt, dass es sich nicht um einen statischen Block bei den arbeitslosen Jugendlichen handelt, sondern um eine homogene Gruppe, die sich in ihrer Zusammensetzung stets verändert. Dies erfordert auch flexible Handlungserfordernisse zur schnellen wirksamen Hilfe. Das während des Projekts gemeinsam entwickelte Bewerberprofilung werde in groben Zügen mit einigen Veränderungen vom JobCenterJugend übernommen. Hinsichtlich der Unternehmensanalyse erscheint es sinnvoll, eine entsprechende Datenbank vorzuhalten, um koordiniert auf die Arbeitgeber zuzugehen. Der Matchingprozess führte in den letzten Wochen dazu, dass gemeinsam mit Mitarbeitern der Fa. Activa und des Arbeitsamtes/Sozialverwaltung Betriebe aufgesucht wurden. Die Unternehmensansprache muss zukünftig besser koordiniert werden. Die Berichterstattung sei aus seiner Sicht, gesehen über das gesamte Projekt, sehr gut gewesen. Die abschließende Bilanz hängt letztlich mit den verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusammen.

Das JobCenterJugend ist nun aufgerufen, die von Activa begonnene Aufgabe weiter zu führen. Dies erfolgt gegenwärtig relativ erfolgreich. In der Zeit vom 01.04.2003 bis zum Tag der Sitzung sind bereits 75 Jugendliche in Arbeit gebracht worden. Hinzu kommen noch 13 Personen in einer PSA.

Frau **Müller** stellte zum Fazit auf Seite 9 eine Frage. Nach dem Fazit glauben fast alle Jugendlichen, beim Übergang in Arbeit Unterstützung zu brauchen. Sie fragt, wie dies gewährleistet wird.

Frau **Reif** teilte mit, dass es in den Niederlanden den sog. Reintegrationsberater gibt, der den Jugendlichen von Beginn der Arbeitslosigkeit bis zur Einstellung und ggf. darüber hinaus begleitet. Hier in Deutschland wird die Beratung und Begleitung vom Fallmanager erfolgen. Auch das JobCenter-Jugend hat eine Fallmanagerin.

Frau **Lungenhausen** stellte fest, dass es bei dem konjunkturellem Verlauf selbstverständlich schwierig ist, Jugendliche in Arbeit zu vermitteln. Sie fragte an, ob die Fa. Activa bereits Erfahrungen in anderen Städten gemacht hat.

Frau **Reif** teilte mit, dass die Fa. Activa in den Niederlanden recht groß und bekannt sei und eine Vielzahl von Auftraggebern habe. Kamen sei hier für die junge deutsche Firma eine Pilotkommune gewesen. Zwischenzeitlich gibt es Kontakte zu anderen Kommunen auch außerhalb von NRW.

Frau **Dyduch** fragte nach, wie zukünftig die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern erfolgen wird.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass der Fachbereich Wirtschaftsförderung bereits seit einiger Zeit dabei ist, eine Datei zu erstellen, in der alle Arbeitgeber aus Kamen aufgeführt sind. Wichtig ist, dass eine Koordination der Unternehmensbesuche erfolgt, es darf nicht sein, dass einige Unternehmer sehr häufig, andere überhaupt nicht angesprochen werden. Daneben müssen die Angaben in einer Datenbank hinterlegt werden.

Herr **Büchel** fragte an, ob bei Problemsituationen mit Jugendlichen entsprechende Hilfe gewährleistet werden kann, weil kleine Firmen auf Fachkräfte nicht zurückgreifen können.

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass dies Aufgabe des Allgemeinen Sozialen Dienstes bzw. des Fallmanagers sei.

Frau **Lenkenhoff** fragte nach, wie es zu der geschlechtlichen Zusammensetzung gekommen sei. Bei der Gruppe der Sozialhilfeempfänger/innen sei der Anteil der männlichen Jugendlichen über 60 % (Seite 4 oben) und bei der Gruppe vom Arbeitsamt beträgt der männliche Anteil 75 % (Seite 8 Mitte).

Herr **Steffen** teilte mit, dass grundsätzlich der Anteil der weiblichen Sozialhilfeempfänger höher sei als der männliche Anteil. Bei der untersuchten Gruppe sei dies tatsächlich nicht der Fall. Dies sei aber auf den Umstand zurückzuführen, dass die weiblichen Hilfeempfängerinnen unter 25 Jahre häufig durch Erziehung eines Kindes von unter 3 Jahren häuslich gebunden seien. Diese Frauen sind nicht in die Untersuchung einbezogen worden.

Zu TOP 2.

Ergebnisse der Zielvereinbarung 2002 und Inhalte der Zielvereinbarung 2003

Herr **Steffen** erläuterte einige Punkte der Auswertung der Zielvereinbarung 2002. Insbesondere ging er auf die lfd. Nr. 4, 7, 9, 12, 19, 20, 21 und 22 ein.

Hinsichtlich der Nr. 4 führte er aus, dass die Umsetzung des Fallmanagements in Kamen zurückgestellt wurde, bis die gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bekannt seien.

Herr **Eisenhardt** übergab einen Auszug aus einer Sitzung des Kreissozialausschusses. Danach wurden bei lfd. Nr. 6 einige Korrekturen vorgenommen. Der Auszug ist beigefügt. Zu dem Punkt 4 vertrat er die Auffassung, dass es seiner Meinung nach nicht sinnvoll sei, auf den Bundesgesetzgeber zu warten.

Herr **Steffen** teilte mit, dass er grundsätzlich diese Auffassung teilt, vorliegend aber aus sachlichen Erwägungen eine andere Entscheidung getroffen wurde, weil sich die Ausbildung zum Fallmanager über 15 Monate erstreckt und diese Ausbildung für einen Mitarbeiter der Stadt nicht sinnvoll sei, wenn es letztlich Aufgabe der Arbeitsverwaltung sei, das Fallmanagement durchzuführen. Hinzu kommt, dass mit dieser Ausbildung relativ hohe Kosten verbunden seien.

Herr Steffen teilte zu lfd. Nr. 12 mit, dass mit 106,25 Fälle je Sachbearbeiter/in eine relativ gute Durchschnittszahl im Vergleich zu den anderen Städten erreicht werde.

Herr **Eisenhardt** erinnerte daran, dass nach der Zielvereinbarung eine Fallzahl von 100 Fällen je Sachbearbeiter/in angestrebt sei. Insofern sollte ggf. überlegt werden, ob hier nicht eine weitere Stelle eingerichtet werden muss, weil sich durch den Einsatz von Personal tatsächlich Kosten vermindern lassen.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass es mit Blick auf die beabsichtigten starken Umwälzungen im Sozialhilfebereich gegenwärtig nicht sinnvoll sei, über eine Ausweitung der Planstellen zu reden. Hier muss man die Entwicklungen abwarten.

Zu TOP 3.

Entwicklung der Sozialhilfekosten im Jahr 2003

Herr **Steffen** teilte mit, dass der Ansatz der Finanzierungsbeteiligung der Stadt Kamen an den Sozialhilfekosten gemäß Vereinbarung nach Haushaltsstelle 410.71200 im Jahr 2003 mit 1.786.250,00 € angesetzt wurde. Dieser Ansatz wird gegenwärtig zur Jahresmitte um 200.000,00 € überschritten.

Dies hat seinen Grund in der nachhaltig gestiegenen Zahl von Sozialhilfeempfängern nach Aufstellung des Haushaltsplans. Im Jahresdurchschnitt wurden im Jahr 2002 monatlich ca. 850 Familien betreut. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2003 wurde davon ausgegangen, dass im Rahmen der Einführung der Grundsicherung ca. 100 Fälle aus der Sozialhilfe ab dem 01.01.2003 aus der Sozialhilfe herausfallen und über die Grundsicherung finanziert werden. Auf dieser Grundlage wurden die Haushaltsansätze berechnet.

Tatsächlich sind diese 100 Fälle aus der Sozialhilfe auch herausgefallen und an die Grundsicherung übergeben worden. Gleichzeitig hat sich aber die Anzahl der Fälle im Bereich der Sozialhilfe dramatisch erhöht. Die verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Ende 2002 bis laufend im Jahr 2003 schlagen in der Sozialhilfe sofort durch. So wurde im Mai 2003 ein Höchststand von 887 Fällen registriert, also über 100 Fälle mehr als geplant.

Es wird versucht, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Kostenexplosion zu vermindern. Allerdings muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt in diesem Jahr mit einer Überschreitung des Haushaltsansatzes bei der Finanzierungsbeteiligung der Stadt Kamen an den Sozialhilfekosten um insgesamt 400.000,00 € gerechnet werden. Zu gegebener Zeit wird den Hauptausschuss eine entsprechende Vorlage erreichen.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

4.2 Anfragen

4.2.1 Frau **Lenkenhoff** teilte mit, dass sie schon vor längerer Zeit um einen Bericht der Mitarbeiterinnen der Hilfe zur Arbeit gebeten habe, dies sei aber ihrer Meinung nach noch nicht erfolgt.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass dieser Bericht durch den Gruppenleiter Herrn Steffen gegeben wurde und nicht beabsichtigt sei, die Mitarbeiterinnen berichten zu lassen.

4.2.2 Frau **Lenkenhoff** fragte nach dem weiteren Entwicklungen des Spielmobiles der Stadt Kamen.

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass sich eine Lösung gemeinsam mit der Sparkasse abzeichnet und das Angebot vermutlich weiterhin zur Verfügung steht.

gez. Weber
Vorsitzender

gez. Güldenhaupt
Schriftführer